

# Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland.

(Beschluss des 21. Parteitags der **CDU** Deutschlands vom 03.12.2007)

<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/>

## **(1.1) Die gefährdete Sicherheit:** [weniger als 1 Seite Text von ~100 Seiten Programm]

- Deutschland und Europa können heute von überall auf der Welt her bedroht werden (Bürgerkriege, Armut, Umweltzerstörung, grenzüberschreitende Kriminalität, Terroristen, Massenvernichtungswaffen).
- Terroranschläge und asymmetrische Bedrohungen fordern uns und unsere Kultur heraus. Neue Bedrohungen für die Sicherheit entstehen auch im Inneren (Links- und Rechts-extremismus, gewaltbereiter Fundamentalismus, Terrorismus und organisierte Kriminalität.)

## **(1.2) Deutschlands Chance Europa:** [etwa 9 Seiten]

- Die CDU ist die deutsche Europapartei (Adenauer, Kohl).
- Europa ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft (das Christentum ist wesentlich für die europäische Identität).
- Im eigenen Interesse muss Deutschland eine aktive Rolle bei der Vollendung der Einheit Europas übernehmen.
- Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eingebettet in eine integrierte Sicherheitsstrategie, die auch die **Energie- und Rohstoffsicherheit** umfasst.
- Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) muss als verteidigungspolitische Komponente der Europäischen Union ausgebaut werden. Integration nationaler Einheiten in europäische Sicherheitsstrukturen mit einer **europäischen Armee als Fernziel**.
- Die CDU setzt sich dafür ein, in der Partnerschaft zu den USA immer wieder gemeinsame Standpunkte zu suchen.
- Ein selbstbewusstes Europa, das sich als Partner der USA versteht.

## **(1.3) Für Freiheit und Frieden eintreten – Deutschlands Rolle in der Welt:** [~7 Seiten]

- Geltung der Herrschaft des Rechts und der universellen Menschenrechte.
- **Asymmetrische Bedrohungen** sind die neue Gefahr.
- Zerfallende Staaten sind häufig Rückzugsräume für den Transnationalen Terrorismus und das internationale Verbrechen. Der **Aufbau von und der Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in fernen Regionen dient unmittelbar unseren eigenen Interessen** und ist aktive Sicherheitsvorsorge.
- 5 Absätze, welche die Partnerschaft zu den USA erneut betonen.

- Wir treten für das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen ein, aber auch für einen existenzfähigen palästinensischen Staat.
- Wir achten und schätzen die reiche kulturelle Tradition der islamischen Welt. Es ist in unserem Interesse, die moderaten Kräfte in den muslimisch geprägten Gesellschaften auf ihrem Weg zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu unterstützen.
- Wir streben eine strategische Partnerschaft der Europäischen Union mit Russland an.
- je ein allgemeiner Paragraph zu Afrika, Lateinamerika, Asien.
- Der Auftrag der Bundeswehr lässt sich nicht mehr auf die klassische Bündnis- und Landesverteidigung auf eigenem Territorium begrenzen.
- Zudem muss die **Bundeswehr** zum Zwecke des Heimatschutzes auch über den Katastrophenschutz hinaus **im Innern eingesetzt** werden können.
- Wir bekennen uns zur Wehrpflicht.
- Bei der Reform des Sicherheitsrats befürworten wir einen ständigen Sitz für die Europäische Union. Auf dem Weg zu diesem Ziel bleibt Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen.
- Für Deutschland ist die **Sicherheit internationaler Handelswege ein vitales Interesse**.
- 3 Absätze zur Entwicklungspolitik

## **(2) Meine eigenen Eindrücke:**

- Das offizielle PDF des Grundsatzprogramms (zumindest die Fassung auf der o.g. Homepage) ist eine sehr schlampige Konvertierung aus Word. Querverweise und korrekte Seitenzahlen funktionieren NICHT.
- Herausstechende Punkte sind bereits oben rot markiert.
- Trotz naturgegebener Nähe zum Programm der CSU liest sich das der CDU viel klarer (prägnantere Aussagen, kürzere Sätze, Aussagen die auf den Punkt kommen).

## **Wir haben die Kraft - Gemeinsam für unser Land. (28.06.2009)**

Gemeinsames Wahlprogramm [CDU/CSU](#) zur Bundestagswahl 2009

- <http://regierungsprogramm.cdu.de/>  
Webseite mit aktuellen Presseerklärungen (und einer Bannerwerbung mit Bitte um Parteispenden).
- Optisch ansprechendes PDF file zum Wahlprogramm (vgl. im folgenden).

### **Auszüge aus dem Wahlprogramm, Abschnitt „In Freiheit und Sicherheit leben“:**

Vermischung von innerer und äußerer Sicherheit in einem Kapitel, davon außenpolitische Themen:

- Bekenntnis zur NATO
- Besondere Verantwortung gegenüber Israel, lebensfähiger palästinensischer Staat
- Gutes Verhältnis zu Russland
- Aussage zu ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat genau so wie im Grundsatzprogramm
- „Schifffahrt braucht Sicherheit. Wir treten für die Einrichtung eines internationalen Pirateriegerichtshof ein.“
- Bekenntnis zum Aufbau Afghanistans
- viele, aber allgemeine Absätze zur Entwicklungszusammenarbeit

Zusätzliche Punkte im Vergleich zum Grundsatzprogramm:

- Besondere Bedeutung der deutsch-französischen Partnerschaft
- Forderung nach einem „grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Entscheidungen“
- In vielen Fragen zur EU dominieren CSU-Standpunkte über denen der CDU (Türkei, Vorbehalte zu Erweiterung, Subsidiarität, Gottesbezug)
- „**Wir setzen uns für die Stärkung der deutschen Sprache in Europa ein, um ihre faktische Benachteiligung in den europäischen Institutionen zu beenden.**“

# CSU Grundsatzprogramm - Chancen für alle! (28.09.2007)

(In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten)

Anders als das CDU Grundsatzprogramm ist das der CSU nicht nach politischen Themenfeldern sortiert, sondern nach Wertekatalogen, denen dann Beispiele unterschiedlicher politischer Themenfelder nachfolgen.

## (1.1) Die neuen Herausforderungen:

### (1.1.1) Neue Bedrohungen für den Frieden:

- Zulauf zum islamistischen Extremismus
- Die vernetzte Welt ist kein idyllisches Dorf. Handelnde sind nicht mehr Staaten alleine, sondern ebenso ethnische und religiös-fundamentalistische Gruppen, **private Kriegsunternehmer** sowie kriminelle und terroristische Netzwerke.
- Die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit sind angesichts des internationalen Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen fließend geworden.

[Sowie andere Themen aus anderen Politikfeldern]

## (1.2) Chancen für alle:

### (1.2.1) Europa als Wertegemeinschaft:

- Bekenntnis zum Christentum als Grundlage Europas.
- Subsidiarität muss das Ordnungsprinzip für die Aufgabenverteilung in Europa sein. Dies bedeutet für die CSU, dass wir **den Weg in einen europäischen Staat ablehnen**. Die Europäische Union soll die Aufgaben wahrnehmen, die von den Mitgliedsstaaten nicht ausreichend selbst, sondern nur auf europäischer Ebene gelöst werden können. Dazu zählen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die **Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung**.
- **Europa hat für uns neben den geographischen Grenzen auch dort seine Grenzen, wo geschichtliche und kulturelle Gemeinsamkeiten fehlen.**
- Eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU lehnt die CSU ab.
- Es wird eine **Aufarbeitung der Pogrome und Vertreibungen im 20. Jahrhundert gefordert**.

### (1.2.2) Für eine Welt in Frieden und Freiheit:

- Frieden, Freiheit, Sicherheit, Selbstbestimmung und Wohlstand sind die zentralen Ziele deutscher Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.
- Zu den übergeordneten und unverrückbaren Interessen zählen die Bewahrung unserer christlich-abendländischen Grundwerte, unserer nationalen Integrität und kulturellen Identität sowie der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

- Zudem umfasst unsere Außenpolitik die vorbeugende Eindämmung und die Beendigung von Krisen und Konflikten, die die Sicherheit und Stabilität unseres Landes gefährden.
- Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik sind kein Widerspruch.
- Wir wollen unser Handeln für die innere und äußere Sicherheit besser miteinander vernetzen. Wir müssen Aspekte wie Versorgungs- und Ressourcensicherheit ebenso berücksichtigen.
- Die CSU hat sich stets für enge partnerschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eingesetzt. Die Partnerschaft mit den USA gründet auf dem Fundament weitgehend gemeinsamer Werte. Dies schließt unterschiedliche Auffassungen und Interessen im Einzelfall nicht aus.
- Die NATO bleibt die wichtigste Organisation für die Verteidigung und Sicherheit und unverzichtbarer Bestandteil europäischer und transatlantischer Sicherheitsarchitektur. Die Erweiterung des gemeinsamen Sicherheitsraums liegt in unserem Interesse, deshalb muss die Tür zur NATO-Mitgliedschaft offen bleiben. Eventuelle weitere NATO-Beitritte müssen jedoch die Handlungsfähigkeit des Bündnisses und die gemeinsame Sicherheit stärken.
- Bekenntnis zu GASP und ESVP
- Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU darf nicht als Gegenpol zu den USA entworfen werden, sondern die EU muss als ernst zu nehmender, selbstbewusster und verlässlicher Partner der USA handeln.
- Russland ist und bleibt für Deutschland und die EU ein Schlüsselpartner.
- Die CSU hält es angesichts der deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen für dringend erforderlich, China und Indien sowie den zentralasiatischen Raum in internationale strategische und wirtschaftliche Strukturen einzubinden.
- Der Nahe und Mittlere Osten ist für Deutschlands und Europas Sicherheit von schicksalhafter Bedeutung. Die Beziehungen mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas müssen ausgebaut und intensiviert werden.
- Die CSU setzt sich nachdrücklich für das Existenzrecht Israels und einen lebensfähigen souveränen palästinensischen Staat ein.
- Die CSU spricht sich dafür aus, dass Deutschland seinen in weiten Teilen Afrikas guten Ruf für die Fortentwicklung der europäisch-afrikanischen Beziehungen einsetzt. In Abstimmung mit der EU ist Deutschland gefordert, die Ursachen von Bürgerkriegen und Migration zu verringern.
- Die Beziehungen zu Lateinamerika sind gekennzeichnet durch viele ungenutzte Möglichkeiten partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Dabei stellt sich die CSU konsequent gegen Menschenrechtsverletzungen und totalitäre Tendenzen. [vgl. unten]
- Zu Osteuropa: Es gilt auch die berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler aktiv zu vertreten.
- Die CSU tritt dafür ein, die Vereinten Nationen als universelle Einrichtung zur Friedenssicherung und zum Schutz der Menschenrechte zu stärken und in die Lage zu versetzen, die an sie gestellten Aufgaben wirksam zu erfüllen.

- Die neuen Bedrohungen bedingen ein neues Verständnis vom vorbeugenden Einsatz militärischer Gewalt.
- Deutschland sollte entsprechend seiner gewachsenen Verantwortung einen eigenen ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhalten, solange ein gemeinsamer ständiger Sitz für die EU nicht erreichbar ist.
- Deutsche Wirtschaftsinteressen sind von unseren Auslandsvertretungen nachdrücklich zu unterstützen. Eine besondere strategische Herausforderung ist die Sicherung unserer Energieversorgung. Bis alternative Energieformen unsere Abhängigkeit von Öl und Gas reduzieren können, ist die Gewährleistung der Versorgung Deutschlands und Europas in hohem Maße Aufgabe unserer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.
- Wir treten entschlossen für eine Politik ein, die unser Leben und unsere Werte verteidigt, wo immer sie bedroht werden.
- Der Auftrag der Bundeswehr bleibt bestehen: Freiheit schützen, Frieden sichern, Krieg verhindern. Dazu zählt auch die Bereitschaft, sich auf der Grundlage des Völkerrechts zur Erhaltung und Herstellung des Weltfriedens einzusetzen.
- Angesichts neuer Bedrohungslagen und zur Bekämpfung des Terrorismus im Inland ist es für die CSU umso wichtiger, dass die besondere technische Ausstattung und die speziellen Fähigkeiten und Mittel der Bundeswehr genutzt werden können. Die Bundeswehr braucht dazu klare Rechtsgrundlagen.
- Angesichts der vielfältigen Gefahren für unsere Sicherheit und aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber der jungen Generation strebt die CSU eine Ausdehnung der Allgemeinen Wehrpflicht zu einer sicherheitspolitisch begründeten Dienstpflicht für Männer, die den Dienst auch im Zivil- und Katastrophenschutz ermöglicht, sowie eine bessere Anrechnung von Freiwilligendiensten an.
- 3 sehr allgemeine Unterkapitel zur Entwicklungszusammenarbeit mit allerlei Argumenten, ohne klaren roten Faden.
- Ziel der deutschen Politik muss es nach Überzeugung der CSU sein, die deutsche Sprache im Ausland zu vermitteln und zu fördern sowie das Interesse an Deutschland, seiner Geschichte, Kultur, Werteordnung und Politik zu verstärken.

[Sowie andere Themen aus anderen Politikfeldern]

## (2) Mein Eindruck:

- Erwartungsgemäß sehr wertebetontes Programm.
- Pathetische, lange, phrasenreiche Sätze (oben bereits vereinfacht wiedergegeben). Ähnliches aus dem CDU-Programm wird viel komplexer beschrieben. Bei nationalen Themen wird der Text aber immer sehr konkret.
- Bzgl. Lateinamerika (vgl. oben) scheint die CSU sich nicht bewusst zu sein, dass manche Staaten Südamerikas in Fragen der Pressefreiheit, Korruptionsbekämpfung, Transparenz, Polizeigewalt oder Unabhängigkeit der Justiz besser abschneiden als Bayern (dazu gibt es z.T. auch UN-Studien).

# **Wir haben die Kraft - Gemeinsam für unser Land. (28.06.2009)**

Gemeinsames Wahlprogramm CDU/CSU zur Bundestagswahl 2009

Siehe Abschnitt der CDU.

**FDP Grundsatzprogramm - Wiesbadener Grundsätze (24.05.1997)**  
Für die liberale Bürgergesellschaft  
(gültig bis zum 21. April 2012)

Kürzestes und ältestes Programm aus CDU/CSU/FDP (vgl. die folgenden Seiten für das neue Programm).

Sehr loses Programm zur Außen- und Sicherheitspolitik:

- Unser Ziel ist ein vereintes Europa liberaler Bürgergesellschaften, die gemeinsam Verantwortung für Frieden und Freiheit tragen.
- Wir wollen ein Europa der Bürger. Dazu brauchen wir mehr Demokratie in der Europäischen Union.
- Die Nordatlantische Allianz ist Ausdruck der Werte und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika und als System kollektiver Verteidigung der Sicherheitsanker für Europa.
- Die Europäische Union muss zur umfassenden politischen Union fortentwickelt werden.
- Bekenntnis zur GASP.
- Zum dauerhaften Frieden gehört der Friede der Kulturen. Friede verträgt keine Feindbilder.
- Die Gefahren für Sicherheit und Stabilität in der Welt sind heute Hunger und Unterentwicklung, Umweltbedrohung, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Migrations- und Flüchtlingswellen.
- Wir bekennen uns zu der Verpflichtung, gemeinsam den Armutsgraben zwischen Nord und Süd zu überwinden.



# Verantwortung für die Freiheit.

Karlsruher Freiheitsthesen der FDP  
für eine offene Bürgergesellschaft.

(Beschluss des 63. Bundesparteitags der FDP in Karlsruhe, 22. April 2012)

Das Parteiprogramm geht erst recht spät und eher knapp auf die Außen- und Sicherheitspolitik ein. Weil es das neueste Programm ist, enthält es aber auch einige interessante, „unverbrauchte“ Aussagen.

## Auszüge aus den Paragraphen zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik:

(#36): Liberale wollen die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik erhöhen. Das setzt Eigenverantwortung und förderliche Rahmenbedingungen in unseren Partnerländern voraus. [wird in den folgenden Sätzen weiter präzisiert.] Ziel jeder Entwicklungspolitik ist es, sie selbst überflüssig zu machen.

(#90): Die transatlantische strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von **Amerika** und **Kanada** behält ihre zentrale Rolle und sollte durch neue Elemente wie eine **Zollunion** gestärkt werden.

(#91): Feste Einbettung deutscher Außenpolitik in die Systeme der Vereinten Nationen, der NATO, der OSZE und der Europäischen Union. Das erfolgreichste Sicherheitsbündnis in der Geschichte, die NATO, ist Ausdruck der Werte- und Verantwortungsgemeinschaft der westlichen Welt.

(#92): Wir wollen den Weg der Vertiefung der Europäischen Union weitergehen. Zu einem starken Europa gehört nach dem Verständnis von Liberalen nicht nur die EU, sondern auch der Europarat mit seinen Organen.

(#93): Die Europäische Union bleibt offen. Wir sehen in der Erweiterung der Europäischen Union eine große Chance, sofern und soweit Kandidaten beitragsfähig und die Europäische Union aufnahmefähig ist. Wir fordern einen möglichst umfassenden **Flüchtlingsschutz auf hohem Niveau**, welcher die faire Durchführung von Asylverfahren gewährleistet. Auch bei bereits in Deutschland und Europa lebenden Asylbewerbern und Flüchtlingen müssen die Lebensbedingungen verbessert werden.

(#94): **Wir wollen die politische Union Europas.** Dabei setzen wir auf starke europäische Institutionen. Ziel: Ein gemeinsames Wir-Gefühl aller Europäer schaffen. Am Ende soll ein durch Volksabstimmungen in den Mitgliedstaaten legitimierter europäischer Bundesstaat stehen. Wir wollen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union so fortentwickeln, dass die EU nach außen konsequent mit einer Stimme spricht.

(#96): **Liberale Außen- und Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik.** Sie gewährleistet innere und äußere Sicherheit sowie den Schutz des freien Welthandels und sichert die **Versorgung mit Rohstoffen**. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik bleibt aber grundsätzlich der Kultur militärischer Zurückhaltung verpflichtet. Der Einsatz von Streitkräften bleibt immer nur eine letzte Option. [...] Diese Sicherheitsstrategie muss stets auf der Grundlage deutscher und europäischer Interessen einen klaren politischen Auftrag, erfüllbare Vorgaben und verlässliche Abläufe zur gemeinsamen europäischen Willensbildung im Konfliktfall definieren. Vor dem Einsatz militärischer Mittel muss immer eine Exit-Strategie formuliert sein, die mit Maßnahmen zur friedlichen Überwindung der Konfliktursachen verbunden ist. Das Existenzrecht Israels als jüdischen Staates ist für die FDP unverzichtbare Konstante liberaler Außenpolitik.

(#97): Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union weiter entwickeln. Liberale setzen sich für eine gemeinsame, umfassende EU-Außen- und Sicherheitspolitik, verbunden mit einer gemeinsamen EU-Friedens- und Sicherheitsstrategie ein. Die NATO ist das erfolgreichste Sicherheitsbündnis der Geschichte. Sie ist Ausdruck einer Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika und stellt deshalb den wichtigsten Anker deutscher Außen- und Sicherheitspolitik dar. Aus liberaler Sicht ist die **NATO auszubauen**. Gerade weil liberale Außen- und Sicherheitspolitik Friedenspolitik ist, setzen wir Liberalen uns für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle ein.

(#98): Asymmetrischen Bedrohungen von Frieden, Freiheit und Sicherheit begegnen. [ ... Es folgen die üblichen Sätze ... ]. Zudem können Finanz- und Wirtschaftskrisen Staaten destabilisieren und zu internen Unruhen führen. Dazu kommen die Herausforderungen des Cyberspace und des **Weltraums** [hä ?].

(#99): Für die FDP steht die bewährte **Trennung zwischen den Zuständigkeiten für die innere und äußere Sicherheit** nicht in Frage. Sicherheitspolitik muss vorrangig eine zivil ausgerichtete Präventionspolitik umfassen. Liberale Politik setzt sich hauptsächlich für die **Bekämpfung der Ursachen, nicht nur der Symptome von Konflikten** ein.

# Die Mitte stärken

Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2009

Die Vorstellungen zur Außen- und Sicherheitspolitik lesen sich im Wahlprogramm wie ein thematischer Rundumschlag:

- Die besten Garanten für Frieden und Freiheit sind Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft.
- Unsere Bündnispartner, die Mitarbeit in internationalen Organisationen und die europäische Integration sind das beste Erfolgskonzept für die Durchsetzung unserer Werte und Interessen in der Welt.
- Abrüstung jetzt!
- Transatlantische Wertegemeinschaft neu begründen.
- Kritischer Dialog und pragmatische Zusammenarbeit mit Russland.
- Für einen umfassenden Friedensansatz im Nahen Osten.
- Auf Diplomatie gegenüber dem Iran setzen.
- Für eine Stabilisierung Afghanistans.
- Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss nach einer umfassenden Reform die politischen und wirtschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts abbilden. Solange ein Sitz für die EU nicht zustande kommt, wäre ein eigener deutscher Sitz die zweitbeste Lösung. [wortgleich identisch zur CDU/CSU]
- Länder wie Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika müssen angesichts ihrer wachsenden Bedeutung auch stärker an den Mechanismen zur Wahrnehmung globaler Verantwortung beteiligt werden.
- Deutsche Kultureinrichtungen wie Goetheinstitute und Auslandsschulen sind die Brücken unserer werteorientierten Außenpolitik. Die FDP wird sich dafür einsetzen, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik finanziell deutlich besser auszustatten.
- Die FDP will, dass die Europäische Union demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger wird. In den EU-Verträgen sollte die Möglichkeit verankert werden, dass die Bürger über Fragen, die für die Fortentwicklung der Union von grundlegender Bedeutung sind, einen EU-weiten Volksentscheid herbeiführen können.
- Die Entscheidung über einen EU-Beitritt der Türkei steht in den nächsten Jahren noch nicht an.
- Effizient kann der internationale Terrorismus nur dann eingedämmt werden, wenn ihm seine Grundlagen entzogen werden. Dafür bedarf es eines langfristigen Ansatzes, der sowohl außenpolitische, als auch entwicklungspolitische, Maßnahmen einschließt.
- Seewege sichern, Piraterie bekämpfen.
- Die FDP tritt für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe genauso ein wie gegen menschenverachtende Verhörmethoden.